



Sitzung	Sitzung SEDEC – Meinungs­austausch über einer möglichen Initiative­stellungnahme mit Titel „Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit“
Veranstalter	Ausschuss der Regionen – SEDEC
Datum und Ort	Freitag 31.03.2017, 15.30-16.30, Ausschuss der Regionen
Teilnehmer	Domenico Rosani

Im Rahmen der 13. Sitzung der Fachkommission für Sozialpolitik, Bildung, Beschäftigung, Forschung und Kultur (SEDEC) des Ausschusses der Regionen (AdR) wurde am 31. März u.A. den Entwurf einer Initiative­stellungnahme mit Titel „Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit“ besprochen. Bericht­er­stat­terin ist Frau U. Hiller (DE/SPE), Dokument­nummer ist COR-2017-00849-00-00-DT-TRA. Die Annahme im Rahmen der SEDEC ist am 8. Juni vorgesehen; voraussichtliche Verabschiedung auf der Plenartagung am 12. Juli.

Spätestens ab dem 4. Mai wird die „draft opinion“ (d.h. der abänderungsfähige Text) auf dem „member portal“ des AdR verfügbar sein. Abänderungsanträge sind bis zum 23. Mai (15 Uhr) möglich.

Im Rahmen der Sitzung stellte ein Vertreter der Europäischen Kommission die Vorschläge für eine Verordnung, worauf sich die Stellungnahme bezieht, kurz vor. Betont wurde insbesondere, dass es des Öfteren um eine Kodifizierung der bereits „geltenden“ Rechtsprechung handelt. UA habe der Europäische Gerichtshof statuiert, dass dem freien Verkehr von Personen nicht einen freien Zugang zu Sozialleistungen gleichkommt.

B. Pallauf (Salzburg): Familienleistung werden in Österreich sehr diskutiert. In Österreich werden sie nicht als Sozialleistungen verstanden, sondern als sozusagen „Aufwandsentschädigungen“; es handelt sich um kein Einkommensbestandteil. Die Kosten sollten daher den Lebenshaltungskosten angepasst werden. Bereitet wird diesbezüglich eine Stellungnahme vor.

P. Branda (CZ) hat gefragt, ob die Europäische Kommission die Methodologie der Folgenabschätzung angewandt hat. Die Antwort war positiv.

Einige mit der „Brexit“ verwandte Problematiken wurden von **D. Huddart (UK)** angesprochen, welche sich gefragt hat, auf welche Leistungen die britischen Bürger Anrecht haben werden.

Ausgeschlossen wurde von dem Vertreter der Europäischen Kommission, dass Wohnungsbeihilfen in den Bereich „Familienleistungen“ fallen; es handle sich nämlich um Sozialleistungen.

Von Seiten der Bericht­er­stat­terin wurde schließlich betont, dass die Stellungnahme wohl technischer Natur ist, aber ohne weiteres auch einen politischen Inhalt vorweist. Familienleistungen sollten ermöglichen, dass Kinder bei ihren Eltern bleiben, auch wenn Letztere auswandern. Die Bericht­er­stat­terin würde sich auf weitere Feedbacks freuen.